

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das  
sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 4.

Postfach-Conto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 173

Mittwoch den 30. Juli 1919

78. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

Der nachstehende 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.

Wilsdruff, am 26. Juli 1919.

Der Stadtrat.

### I. Nachtrag

Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915.

1.

§ 2 wird angefügt:

§ 2a.

Die Steuerpflicht beginnt bei einem Einkommen von über 950 Mark. Auf das Jahr 1919 hat die Erhebung der Gemeindeeinkommensteuer von Klasse 21 ab unter Anwendung der nach § 3 des Finanzgesetzes vom 21. Mai 1918 eingeführten Staatseinkommensteuerschläge zu erfolgen.

2.

§ 7 wird aufgehoben; an seiner Stelle gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Oktober 1916.

3.

§ 11 wird mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab wie folgt geändert: Von dem durch Steuern zu deckenden Gesamtbedarf sind mindestens 7 1/2% durch Grundsteuer aufzubringen.

Die Grundsteuer wird im Wege gleichmäßiger Zuschläge zur Staatsgrundsteuer erhoben. Der auf die Staatsgrundsteuereinheit entfallende Steuerbetrag wird alljährlich durch den Haushaltsplan bestimmt.

Die Grundsteuer ist je zur Hälfte am 15. April und 15. November jedes Jahres zu zahlen.

Wilsdruff, am 5. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Rügel,  
Bürgermeister.

(L. S.)

Die Stadtverordneten.

Oberlehrer Kantor Hengstlch,

1. Vorsteher.

(L. S.)

779 a 11

Der vorstehende 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 ist von der Kreishauptmannschaft mit dem Kreisaußschuß genehmigt worden. Das Ministerium des Innern hat Befreiung von den entgegenstehenden Bestimmungen in § 34 des Gemeindesteuergesetzes erteilt.

Dresden, am 8. Juli 1919.

Die Kreishauptmannschaft.

Dr. Weiswänge.

Knechtel.

(L. S.)

Für den von Unterkorsdorf verzoogenen Gutsbesitzer Eduard Menzel ist der Gutsbesitzer Rudolf Gotthardt Klossche in Unterkorsdorf als Ortsrichter für Unterkorsdorf in Pflicht genommen worden.

V Reg. 120a 19.

Wilsdruff, am 26. Juli 1919.

Amtsgericht Wilsdruff.

Mittwoch den 30. Juli vormittags von 9-1 Uhr werden im städtischen Verwaltungsgebäude - Zimmer Nr. 2

## Brotzuschlagsmarken für die Getreideernte

ausgegeben.

Anspruch haben alle diejenigen schulentlassenen männlichen und weiblichen Personen (Seldbesitzer und Nachseldbesitzer), die sich an den Getreideerntearbeiten persönlich körperlich schwer betätigen.

Wilsdruff, am 29. Juli 1919.

Stadtrat Wilsdruff.

## Kesselsdorf

### Fleischversorgung.

Neuanmeldungen zu den Kundenlisten der Fleischer können künftig auch mündlich geschehen.

Kesselsdorf, am 28. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

# Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Wie aus englischen Kreisen verlautet, war die Entente zu Wiederverhandlungen bereit, falls Deutschland den Friedensvertrag ablehnt hätte.

Der italienische Senat erteilte dem neuen Kabinett Ritti ein einstimmiges Vertrauensvotum.

Die Entente hat ein neues Ultimatum an Ungarn gerichtet und fordert den Rücktritt der Räteregierung.

Präsident Poincaré wird für die nächste Präsidentschaftswahl nicht mehr kandidieren.

Die österreichische Friedensdelegation hat die Entente um Verlängerung der Frist zur Prüfung des Friedensvertrages gebeten.

Die Entente beabsichtigt, auch die Warnemünder Fährbahn zu beschlagnahmen.

## Geöffnete Schränke.

Die Schränke sind geöffnet, und wie eine Springflut erheben sich nun die Enthüllungen, die Beschuldigungen und Anklagen über die deutsche Öffentlichkeit. Dem unbestimmtesten Hirnschauer könnte angst und bange werden im Angesicht der furchtbaren Leidenschafflichkeit, die hier alle Dämme zu überflutendem droht, weil er noch nicht zu übersehen vermag, ob die Verwicklungen, die sie anrichten muß, nicht das größere Übel darstellen werden gegenüber der Ermittlung geschichtlicher Wahrheit, um die es den Hauptakteuren, wie sie wenigstens versichern, ausschließlich zu tun ist. Aber es sind ganz elementare Kräfte, die mit der Erzbergerrede vom vorigen Freitag entsetzt worden sind: sie zu bändigen dürfte jetzt schwerlich noch einem Sterblichen gelingen.

Allen Gegnern des streitbaren Reichsfinanzministers voran kommt sein Vorgänger, Herr Dr. Helfferich. Ihm schließt es nach Erzbergers Kopf, und der Zweikampf zwischen diesen beiden wird auch wirklich nicht eher zur Ruhe kommen, als bis einer von ihnen auf der Strecke liegen sieht. Mit schwarzem Blick erkennt er die schwache Stelle in den Enthüllungen: das Telegramm der englischen Regierung an den Vatikan, das uns bisher nicht mitgeteilt worden ist; es soll erst nach eingeholter Zustimmung des Reiches veröffentlicht werden. Helfferich stellt fest, daß wir es hier durchaus nicht etwa mit einem Schritt aus der Initiative der britischen Regierung zu tun hatten, das vielmehr nichts weiter vorlag als die Londoner Antwort auf die bekannte Friedensnote des Papstes vom 2. August 1917; daß ferner alle Umstände dafür sprechen, daß diese Antwort für uns ebenso unbedeutend war wie die englische

Erwidrerung der Wilsonschen Friedensnote vom Dezember 1916, über die in ganz Deutschland nicht die geringste Meinungsverschiedenheit obwaltete. Im Grunde wollte nur der Papst der Sache des Friedens dadurch dienen, daß er die Reichsleitung zu einer klaren Äußerung über Belgien zu bestimmen suchte. Darauf wurde auch im Kronrat vom 11. September in dem Sinne Entscheidung getroffen, daß die Unabhängigkeit Belgiens gewahrt bleiben und seine Wiederherstellung ausgesetzt werden sollte, aber von diesen Entschlüssen sofort den Papst oder gar unsere Feinde zu verständigen, wurde nicht für ratsam gehalten - aus den von Dr. Michaelis jetzt ganz offen bekannnten Gründen. Man wollte - und man mußte wohl auch - durch einen eigenen Vertrauensmann feststellen, ob in England wirklich ein Verhandlungswille vorhanden war, und da diese Prüfung ein negatives Ergebnis hatte, mußte die Angelegenheit für unsere Diplomatie als erledigt gelten.

Soweit Herr Dr. Helfferich. Wenn es nach ihm geht, bleibt also von dem Verdrehen gegen das deutsche Volk, dessen Erzberger die Regierung vom Sommer 1917 beschuldigte, nicht viel oder eigentlich gar nichts übrig. Es kommt hinzu, daß er selbst, woran jetzt von anderer Seite erinnert wird, im Hauptausschuß des Reichstags am 22. September 1917 diese Regierung gegenüber Angriffen von unabhängig-sozialdemokratischer Seite auf das lebhafteste verteidigt und runderaus erklärt hat, wer ihr Verhalten nicht verziehe, dem fehle das A B C der Politik. Ihr Verhalten - damit war gemeint, daß sie sich in ihrer Antwort auf die Friedensnote des Papstes absichtlich in unverbindlichen Allgemeinheiten bewegte und einer präzisen Stellungnahme zur belgischen Frage in vollem Bewußtsein dessen, was sie tat, aus dem Wege ging. Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten, sagte damals Herr Erzberger, der doch an diesem Tage von dem Schreiben des Runkius Jacelli an den Reichskanzler schon Kenntnis hatte, ja der anerkennend sogar der einzige Mann war, dem dieses vertrauliche Aktenstück gegen oder ohne den Willen der deutschen Regierung zur Kenntnis gekommen war. Denn wie schon General Ludendorff, erklärt jetzt auch der Abg. Dankmann, das weder der damalige Vertrauensauschuß der Reichstagsparteien noch der Vizekanzler v. Payer von der Regierung in dieser Sache unterrichtet worden war - nur Herr Erzberger hatte auf anderem Wege Wind bekommen und trotzdem warm für Michaelis und Rühlmann eingetreten, während er sie heute am liebsten dem Geifer überliefern sehen möchte. Das sind Widersprüche, die zweifellos dringender weiterer Klärung bedürften.

Aber auch Graf Bedel, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Wien, lacht nicht locker. Er beharrt dabei, daß Erzberger auf Verlangen des Grafen Czernin, nicht also auf Veranlassung des Herrn v. Bethmann Hollweg, nach Wien gegangen sei, um sich dort wegen des Gedrauchs, den er von dem Geheimbericht an Kaiser Karl gemacht hatte, zu rechtfertigen. Er drückt sich jetzt zum Beweise für diese Darstellung auf einen Brief des Grafen Czernin, in dem Erzberger glattweg der schmerzlichen Indiskretion beschuldigt wird. Er wäre damals in Wien ganz vernünftig gewesen und habe seinen kolossalen Fehler eingesehen. Darüber beständen noch andere Dokumente, was Erzberger bedenken sollte. Graf Czernin selbst stellt in Wiener Blättern fest, daß Erzberger in Weimar kein erschöpfendes Bild der Vorgänge gegeben habe. Im April 1917 habe in der Tat begründete Hoffnung bestanden, wenn auch mit Opfern zum Frieden zu gelangen, aber sein Geheimbericht sei von einer nicht verantwortlichen Seite hinter dem Rücken des Grafen an Erzberger gelangt, durch dessen weiteres Vorgehen er zur Kenntnis unserer Gegner gelangte. Die Folgen verstanden sich darauf von selbst - jetzt haben die Weltmächte, daß sie mit uns nicht mehr zu verhandeln brauchen. Graf Czernin ist auch heute noch bundesfreundlicher genug, um Herrn Erzberger den guten Glauben auszusprechen, da er annehmen dürfte, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln. Wer damit gemeint ist, ergibt seine Schlußbemerkung über die „unverantwortliche Nebenpolitik“, deren Umfang ihn, als er sie entdeckte, zum Rücktritt veranlaßt habe. Der Wiener Hof ist es also, der hier in letzter Linie als der schuldige Teil hingestellt wird.

Nur Herr v. Rühlmann hält vorläufig noch zurück: er fühlt sich noch, wie es unter dem Kaiserreich Sitte und Pflicht war, durch die Amtsoberstufen geholt und wortet ab, ob er von ihr durch die zwickelnde Stelle entbunden werden wird. Aber auch er ist nach Berlin geeilt, wohl in dem Gefühl, daß jeder Tag hier keine Anwesenheit nötig machen könnte. So sind die Burien im Rollen - es wird um Adrie gespielt, die dem Staatsgerichtshof ausgeliefert werden sollen, mit denen zugleich aber auch manche Nachpostion fallen könnte, die heute noch mit dem Aufgebot gewalttätiger Anstrengungen gehalten wird. Der Krieg geht weiter - der Krieg im Innern. Und es scheint, daß es auch hier nur Sieger und Besiegte geben, daß kein Verhandlungsfriede uns aus den tausend Angsten dieses mörderischen Druckerkampfes befreien soll.